

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonntags
Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 86, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8248

Postkontonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11698

Mittel zum Volkentscheid!

Am Sonntag, 20. Juni 1926, findet die Volksabstimmung in der Frage der Fürstenvermögen statt. Jetzt hat das Volk das Wort. Fürsten und Rechtsparteien sind in fieberhafter Tätigkeit. Unter Anwendung ungeheurer Opfer suchen sie die Entscheidung in diesem Kampfe zu Gunsten der Fürsten herbeizuführen. Sie wissen, was es geht.

Die Republik soll den Fürsten und ihren Handlangern die Mittel zum Kampfe gegen die Republik liefern.

Sie führen diesen Kampf für die Wiederherstellung der Monarchie. Die jetzt enthüllten Pläne zeigen dem deutschen Volke, wohin die Reise gehen soll:

- Zertrümmerung der Verfassung.**
- Vernichtung der Volksrechte.**
- Aufrichtung der Diktatur.**

Herrschaft der Standgerichte und des völkischen Terrors sollen die Ruhe des Kirchhofs über Deutschland verbreiten.

12 1/2 Millionen Deutscher haben im Volksbegehren den Volkentscheid gefordert. 12 1/2 Millionen Männer und Frauen bekamen sich im Volksbegehren zur demokratischen Gesetzgebung durch das Volk.

Am 20. Juni findet ein Entscheidungskampf statt zwischen dem demokratischen Deutschland und den sich wieder aufrichtenden Mächten der Vergangenheit. In diesem Kampfe muß und wird die Demokratie siegen, wenn jedermann seine Pflicht tut.

Vergeht auch nicht, jeder nach seinen Kräften, materielle Hilfeleistung zu bringen; zeichnet auf die Sammellisten, denn Kriegsführen kostet Geld! In Stadt und Land, von Haus zu Haus, in Werkstatt, Fabrik und Bureau muß in diesen Tagen von allen denkenden Kollegen Ausflärung über getragen werden, um was es geht.

Darum alle Mann an Bord, jed auf dem Posten!

Nach dem englischen Generalstreik.

Der jüngst beendigte englische Generalstreik stellt uns vor die Fülle schwerwiegender Probleme. Es haben sich in ihm die wichtigsten Strömungen unserer Zeit widergespiegelt, was ist kein leichtes, diesem Ereignis den richtigen Sinn abzugewinnen. Dennoch ist es nötig, aus Anlaß großer Ereignisse, die gewissermaßen Meilensteine der politischen und sozialen Entwicklung darstellen, sich über deren wirkliche Bedeutung Klar zu werden. Der Generalstreik hatte einen rein wirtschaftlichen Ursprung, wurde dann von der Regierung zur politischen Bewegung gestempelt und ist darüber hinaus zu einem sozialen Problem geworden. Es liegt also ein sehr wichtiger Tatbestand vor.

Der zur Unterstützung der Bergarbeiter begonnene Generalstreik war von vornherein wenig hoffnungsvoll. Die Gewerkschaften waren auf diesen Kampf nicht vorbereitet, sie waren geradezu im letzten Augenblick überrollt. Der Organisationsgrad der englischen Arbeiterschaft ist an sich nicht groß genug, um einen Generalstreik zum durchschlagenden Erfolg zu führen. Nur dann, wenn die ganze öffentliche Meinung eine überwindliche Stimmung zugunsten der Bewegung geschaffen hätte, wäre der Anschluß Millionen Unorganisierter zustande gekommen. Dieser aber propagandistisch nicht vorbereitet, was auch heute, die ganze Presse kapitalistisch orientiert ist, schwer möglich

gewesen wäre. Auf der andern Seite hatte der sozialistische Innenminister der englischen Regierung die Abwehrmaßnahmen von langer Hand vorbereitet und konnte im letzten Augenblick den sonst friedlich gesinnten Ministerpräsidenten dazu bewegen, die Verhandlungen mit den Bergarbeitern unter einem nichtigen Vorwand abzubrechen. Er wollte eben den Kampf mit den Gewerkschaften in einem günstigen Moment aufnehmen. Unter solchen Umständen fragt es sich, ob es richtig war, den Generalstreik zu beginnen? Man kann diese Frage schwer verneinen, wenn man bedenkt, welche schweren Folgen gelegentlich des großen Bergarbeiterstreiks von 1921 der „schwarze Freitag“, als die Verbündeten der Bergarbeiter, die Eisenbahner und Transportarbeiter, die ersteren im Stich gelassen haben, für die ganze Arbeiterbewegung mit sich brachte und wie stark dadurch das Vertrauen in die Solidarität der Arbeiterbewegung erschüttert wurde. Wenn man aber die Ankündigung des Solidaritätsstreiks unter allen Umständen und trotz ungünstiger Aussichten billigt, so muß man sich weiter fragen, ob es nicht nötig gewesen wäre, in diesem Kampf bis zum letzten Ende auszuhalten, und lieber eine vollständige Niederlage in Kauf zu nehmen, als den Streik abzubrechen, zumal die streikenden Arbeiter einen bewunderungswürdigen Kampfsinn an den Tag legten. Wie die Dinge heute liegen, können die Bergarbeiter dem Generalrat den Vorwurf machen, daß ihr Streik nach Abbruch des Generalstreiks und nachdem der Vermittlungsantrag des Präsidenten der Kohlenkommission vom Generalrat angenommen wurde, in jeder Hinsicht erschwert sei, und daß ihnen demnach der Solidaritätsstreik mehr Schaden als Vorteile gebracht hätte. Ohne die genaue Kenntnis der Vorgänge, die den Generalrat zum Abbruch des Generalstreiks bewogen, wäre es eine Annahme, hierüber ein endgültiges Urteil fällen zu wollen. Immerhin sind darin aber wichtige Fragen eingeschlossen, die sich auf die Solidarität der Gewerkschaftsbewegung beziehen und einer Antwort harren.

Auch das Problem der Demokratie wurde in dem großen Kampf wieder aufgerollt. Der Regierung gelang es, dank einer geschickten Stimmungsmaße die Auseinandersetzung zwischen Unternehmern und Arbeitern in die Form zu kleiden: „Das Volk soll wählen, ob die Entscheidung dem Parlament oder dem Generalrat der Gewerkschaften anfallen solle“, und sie vermochte den Generalstreik als Bruch der Verfassung hinzustellen. Freilich war das eine Täuschung der öffentlichen Meinung. Weshalb soll ein Streik, die einfache Niederlegung der Arbeit, eine Kampfsache an das parlamentarische System, ja an die Verfassung, bedeuten, selbst wenn an dem Streik sich mehrere Gewerkschaften beteiligen? Die Streikwaffe ist in der Demokratie erlaubt, ja verfassungsmäßig garantiert. Daß diesmal der Streik von einer zentralen Stelle aus, vom Generalrat der Gewerkschaften, geführt wurde, konnte zwar den Unternehmern und deren Wortführern, der Regierung, unangenehm sein, begründet aber keinen Angriff auf die Verfassung. Wenn die Organisationen der Unternehmer in England oder in andern demokratisch regierten Ländern eine Generalauspeerrung verhängen, die sich auf Mitglieder verschiedener Gewerkschaften erstreckt, hat man noch nie von einem Bruch der Verfassung gesprochen, selbst wenn die Auspeerrung von einer zentralen Stelle aus geleitet wurde. Auf der andern Seite hat die Regierung die bürgerlichen Freiheiten sofort beim Ausbruch des Streiks aufgehoben, eine Art von Standrecht in Kraft treten lassen und mit Gewaltanwendung gedroht. In diesen Tatsachen ist die Scheinheiligkeit der Behauptung vom Verfassungsbruch der Gewerkschaften klar zu Tage getreten, zumal die Mehrheit der englischen Arbeiterschaft heute in der Tat auch innerlich zur Verfassung steht und einen revolutionären Umsturz der bestehenden Ordnung nicht beabsichtigt. Der englische Sozialismus hat bisher mit verfassungsmäßigen Mitteln die Eroberung der Macht angestrebt.

Allerdings liegen die wirklichen Probleme der Demokratie, die in Verbindung mit dem Generalstreik hervortraten, eine Schicht tiefer. Das Problem der politischen Willensbildung wie das der Gewaltanwendung kann im gegenwärtigen Staat mit so einfachen Formeln wie: Die Parlament, die Generalrat! — nicht gelöst werden. Man muß einmal die heutige soziale Wirklichkeit ins Auge fassen. In der gegenwärtigen Entwicklungsstufe der kapitalistischen Produktion kommt das Wesentliche an der Demokratie: die Willensbildung und die Führerauslese, nicht allein in den Parlamenten und mit den Stimmzetteln der Wähler zustande. Durch die Macht der Tatsachen erfolgt eine Willensbildung und eine Führerauslese heute auch außerhalb der Parlamente, wenn auch im Rahmen des parlamentarisch-demokratischen Systems. In den großen sozialen Organisationen der Unternehmern und der Arbeiter und in den Einrichtungen, die, wenn auch im Parlament geschaffen, doch unter dem Druck der sozialen Kräfte entstanden sind, wie Betriebsräte, Kollektivverträge, Schlichtungsausschüsse usw., kommt heute ein großer Teil der gesellschaftlichen Willensbildung zustande. Der Kampf der Klassen spielt sich heute nicht nur in den Parlamenten, sondern auch in den großen Organisationen außerhalb des Parlaments ab. Wie immer man diese Entwicklung zur Demokratie in Beziehung stellt — unseres Erachtens bedeutet

keineswegs die Ausschaltung der Demokratie — sie ist eine Tatsache, die nicht erst im englischen Generalstreik geschaffen wurde. Es war also nur ein Vorwand, um als Abschaffung der Demokratie hinzustellen, wo er nur eine Stufe in einer langsam entstandenen Entwicklung darstellt. In dieser Entwicklung handelt es sich nämlich um nichts anderes als um den Kampf für eine soziale Demokratie, die neben die politische Demokratie treten soll. Daß die beiden nicht zusammenfallen, ist eine hinlänglich bekannte Tatsache. Dies zu verkennen, heißt, den wesentlichen Zug der Entwicklung übersehen und das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen. Was aber den springenden Punkt: die Gewaltanwendung, anbelangt, so ist diese Frage mit der Alternative: Demokratie oder Diktatur noch bei weitem nicht gelöst. Auch in der Demokratie entscheidet vielfach der ausgewählte Führer nach eigenem Ermessen, und oft auch wird die Demokratie zu ihrem Schutz gezwungen, zeitweilig mit diktatorischer Gewaltanwendung aufzutreten, die Frage ist nur, auf welche Weise sie zustande kommt, welche Kräfte hinter ihr stehen und welchen Zweck sie dient. Niemand wird bezweifeln, daß die Demokratie in die Lage kommen kann, ihre wirklichen Feinde — die englischen Arbeiter — waren es nicht — auch mit Gewalt abzuschlagen. Am allerwenigsten soll man sich aber darüber hinwegtäuschen, daß der Großbourgeoisie die Demokratie nur so lange wünschenswert ist, als sie ihren Zwecken dient, und daß sie bereit ist, die Demokratie bei der ersten Gelegenheit, wo sie ihr nicht paßt, preiszugeben. Der Weltkapitalismus, der überall von den materiellen Kräften der Großbourgeoisie gespeist wird, ist ein deutlicher Beweis dafür. So gut es auch ist, daß sich das Proletariat in seinem Kampf der demokratischen Mittel bedient, so darf nicht vergessen werden, daß hinter den Formen der Demokratie sich die Auseinandersetzungen und Kämpfe der Klassen abspielen und daß diese Kräfte die soziale Wirklichkeit gestalten.

A. H.

Der Kampf um die Unterfützung der Erwerbslosen.

Eine Anordnung des Reichsarbeitsministers vom 18. Mai 1926 verlängert die zur Zeit geltenden Unterfützungssätze für Erwerbslose unverändert bis zum 8. Juli dieses Jahres. Es ist notwendig, daß bis dahin im Reichstag Klarheit darüber geschaffen wird, wie vom Juli an die Unterfützung der Erwerbslosen zu bemessen ist.

Ueber Höhe und Staffelung der Unterfützungssätze für Erwerbslose fanden in den letzten Wochen zwischen der Regierung und den Gewerkschaften und auch im Reichstag und Reichswirtschaftsrat langwierige Verhandlungen statt. Unter starkem Druck des Reichstages waren die Unterfützungssätze am 17. Dezember 1925 erhöht worden. Aber diese Erhöhung war durchaus unzureichend. Die Gewerkschaften führten daher zu Beginn dieses Jahres erneute Verhandlungen mit dem Ziel einer allgemeinen weiteren Erhöhung. Leider versagte der Reichstag. Die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion wurden von der Parlamentsmehrheit abgelehnt, und herauskam lediglich eine ganz bescheidene Erhöhung der Unterfützung für langfristige Erwerbslose, d. h. die bereits acht Wochen lang Unterstützung beziehen. Außerdem wurden ledige Erwerbslose, die nicht im Kreise ihrer Familie leben, etwas aufgebessert. Aber auch diese durchaus unbefriedigende Bemessung der Höchstätze sollte als eine „vorübergehende Erhöhung“, gewissermaßen als „Winterzulage“ gelten und war daher nur bis zum 1. Mai befristet.

Der unbefriedigende Ausgang der Verhandlungen und das Versagen des Reichstages, dessen Mehrheit, beeinflusst durch das Geschrei über die unerträgliche Belastung der Reichs- und Länderfinanzen, alle weitergehenden Anträge schroff abgelehnt hatte, veranlaßten die Gewerkschaften, sofort mit neuen Vorschlägen an die Reichsregierung heranzutreten. Verlangt wurde, und zwar von allen gewerkschaftlichen Sonderorganisationen gemeinsam, die bisher für die Bemessung der Erwerbslosenunterfützung geltenden Grundätze zu verlassen und an deren Stelle das Prinzip der nach Lohnklassen gestaffelten Unterfützung zu setzen.

Bisher gliedert sich die Unterfützung nach dem Alter des Erwerbslosen und nach drei verschiedenen Wirtschaftszugehörigkeiten. Innerhalb dieser Wirtschaftszugehörigkeiten wieder nach je vier verschiedenen Ortsklassen. Die Unterfützung nach Wirtschaftszugehörigkeiten (Osten, Mitte und Westen), die seinerzeit der Eingruppierung der Lohnklassen für Staatsarbeiter nachgeahmt wurde, hat mit der inzwischen eingetretenen Ribellierung der Lebenshaltungskosten jeden Sinn verloren. Sie benachteiligt den Osten und bevorteilt den Westen. Gleich ungerecht wirkt die nebenher laufende Differenzierung der Unterfützung nach vier verschiedenen Ortsklassen. Die Höchstätze sind daher außerordentlich verschieden, ohne daß der Unterschied der Lebenshaltungskosten an dem einzelnen Orte wirklich gerecht ausgeglichen wird. Es gibt heute einige 70 verschiedene Unterfützungssätze in Deutschland. Sie schwanken zum Beispiel für den Ledigen unter 21 Jahren zwischen wöchentlich 4,10 M und 7 M, über 21

Jahre zwischen 6,70 M. und 11,50 M. für Verheiratete zwischen 9 M. und 15,10 M. für Familie mit zwei Kindern zwischen 12,25 M. und 20,10 M.; sie schwanken im Höchstbetrag zwischen 15,30 M. und 24 M.

Die Frage ist eine große Unzufriedenheit all der Erwerbslosen in den unteren Ortsklassen resp. Wirtschaftsgebieten. Andererseits unterscheiden sich am einzelnen Orte die Unterstützungssätze nur nach dem Alter des Erwerbslosen bis 21 Jahre und über 21 Jahre und nach der Zahl der unterstützungsberechtigten Familienmitglieder.

Unternehmer und Regierung, besonders die Länderregierungen, drängen auf Abänderung der Bestimmungen durch Einschaltung einer Bestimmung in die geltende Verordnung, wonach grundsätzlich keine Unterstützung den letzten Lohn des Erwerbslosen erreichen darf.

In dieser Situation verlangten die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, an die Stelle der heute nicht etwa einheitlichen, sondern im Gegenteil außerordentlich stark und sehr oft ungerichtet gestaffelten Unterstützung die nach Lohnstufen gestaffelte Berechnung zu setzen.

Die Zweckmäßigkeit dieses Schrittes ist von einigen Seiten bezweifelt worden. Das die Kommunisten dagegen wettern und von Verrat der Erwerbslosen durch die Gewerkschaften sprechen, ist nicht tragfähig zu nehmen.

Ein grundsätzlicher Streit über die Zweckmäßigkeit der nach Lohngruppen gestaffelten Unterstützung in der Arbeitslosenversicherung besteht nicht.

Arbeitslosenversicherung ist von unserer Seite stets dieses Prinzip gefordert. Es ist von unserm Bundesausschuss anerkannt und hat auch in der Gewerkschaftspresss nicht Kritik erfahren.

Als die Gewerkschaften die Forderung stellten, schon jetzt das für die Arbeitslosenversicherung geplante System der Unterstützungsberechnung als sogenannte „Zwischenlösung“ einzuführen, verbanden sie damit nicht nur den Willen, den geplanten Abbau der Unterstützung zu verhindern, sondern darüber hinaus die Unterstützung der Erwerbslosen als Ganzes zu verbessern.

Die Regierung legte nach wiederholten Veränderungen einen Entwurf vor, der folgende Aufteilung vorsah:

Table with 3 columns: Lohnklasse, Einkommen wöchentlich, Einheitslohn. Rows I-V for different wage classes and income levels, showing corresponding unit wages.

Jedoch sollte für die Lohnklassen 1 bis 3 nicht 40, sondern 50 vom Hundert, für die Lohnklassen 4 und 5 40 vom Hundert des Einheitslohnes als Grundunterstützung für die Bedigen gezahlt werden.

Der weitere Beschluß verbunden, daß Kostig von ein Prüfung der Bedürftigkeit der Erwerbslosen Stand genommen werden soll.

Die Regierung hatte die ursprünglich bis zum 1. Juli befristeten Höchstätze inzwischen bis zum 22. Mai verlängert in der Hoffnung, bis dahin eine Lösung der hart umstrittenen Frage herbeizuführen.

Diese neue Regelung kann sich aus den eben entwickelten Gründen nur auf dem Boden einer nach Lohngruppen gestaffelten Unterstützung bewegen.

Aus unserm Beruf

Bremen. (Berufsunfall.) Am 17. Mai, vormittags gegen 8 1/2 Uhr, ereignete sich auf der Saate-Dee-Brau folgender Unfall. Unser Kollege Fellig S m h a war mit ein andern Kollegen dabei, an den Unterzügen in der Straßenbahn an der Grünen Straße eine Schrift anzuhängen.

Amerikanische deutscher Gewerkschaftsführer.

Im vergangenen Jahre ist eine Reihe von Büchern über Amerika veröffentlicht worden. Es fehlte aber bisher ein Buch über Amerika, das eine Analyse des „Wirtschaftswunders“ vom Standpunkt der Gewerkschaften zu bieten versuchte.

Es besteht kein Zweifel, daß in diesem vom Arbeiterhandwerk geleiteten Buch die Fragen der Arbeiterpolitik, die Schicksale und Lebensverhältnisse der Arbeiter das Zentrum der Untersuchung bilden.

In der Einleitung wird das Programm der Reise entwickelt und die Reise der Delegation bis nach Atlantic City geschildert, der Stadt, in der der Kongreß der amerikanischen Gewerkschaften tagte.

Amerika und Deutschland sind in ihren vielgestaltigen Lebensäußerungen nur schwer auf eine gemeinsame Betrachtungslinie zu bringen. Das Wirtschaftsleben dräuben erhebt sich auf einer wesentlich andern Basis, ist erheblich mehr differenziert und der Leistungseffekt der Arbeitskraft ein viel höherer als hierzulande.

7,8 Millionen Quadratkilometer — Gebiet der Vereinigten Staaten... Der Vergleich zeigt uns, daß schon unter Gesichtspunkt der geographischen Größe die Voraussetzungen der Wirtschaft Deutschlands und der Vereinigten Staaten recht unterschiedlich sind.

„Deutschland ist wirtschaftsgeschichtlich, im besondere seinen westlichen Teilen, altes Kulturland. Hier haben aus der Hauswirtschaft in jahrhundertlangem Ringen Stadtwirtschaften, aus dieser Verlagsysteme und mol Fabrikproduktion, entwickelt.

Breslau. Die Organisationsverhältnisse leiden hier außerordentlich unter der daniederliegenden Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeiten sind recht beschränkt; am 15. Mai wurden 800 arbeitslose Kollegen gemeldet. Die Zahl dürfte sich jedoch eher vergrößert als verkleinert haben, da gerade vor Pfingsten vielfach Entlassungen vorgenommen wurden. Auch sind die Aussichten auf einen höheren Beschäftigungsgrad nach Pfingsten recht trübe. Dieser Zustand ist all die drückenden Einwirkungen der jetzigen Krise besonders im Organisationsleben bemerkbar. Es besteht eine tiefe Apathie, die uns nicht zum Nutzen dienen kann. Wir müssen es eingesehen und mit allen verfügbaren Kräften Mittel zu arbeiten, um wieder belebenden Geist in die Gewerkschaft hineinzubringen. In der Ortsverwaltung wurde beschlossen, eine Agitation einzuleiten, um sowohl die Mitglieder zur Mitarbeit zu begeistern, als auch, um die Fernstehenden wieder in unsere Reihen zu bringen. Den Auftakt dazu gab eine öffentliche Versammlung am 20. Mai des Jahres im Gewerkschaftshause mit dem Thema: "Sichere wirtschaftliche Lage. Wie helfen wir uns?" In stimmungsvoller Weise wurde die Versammlung durch die Gesangsabteilung unseres Verbandes mit dem Lied "Der Freiheitslied" eröffnet. Der Kollege Wagner sprach in seinem Referat einen Überblick über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage der gesamten Arbeiter- und speziell unseres Gewerbes. In leicht verständlicher Sprache ließ er die Gegensätze der heutigen Wirtschaftsordnung vor unseren Augen vorüberziehen, wobei er die Kampfweise der Arbeiterschaft in einer Art behandelte, die allen Augen die Augen öffnen mühte. Alle Aufgaben der Gewerkschaften zur Abwehr des übermächtigen Gegners in allen interessierenden Gebieten, wie Lohn- und Tarifpolitik, und Wirtschaftspolitik, wurden sodann einer eingehenden Untersuchung und Würdigung unterzogen. Mit dem Auftreten der gesamten Kollegenschaft, mitgearbeitet an dem Werk der Arbeiterbewegung, schloß das Referat. Die Versammlung bewegte sich in erfreulich hohem Rahmen, so daß die Versammlung trotz ihres mäßigen Besuches als gelungenere zu weiteren Wirken angesehen werden kann. Nun ist das Angefangene weiter fortzusetzen in planmäßiger Arbeitsweise. In der nächsten Zeit werden Werkstatt- und Familienabteilungen abgehalten werden, um die Kollegen an der Quelle zu erfassen. Der gesamte Vertrauensrat muß neu belebt werden, Betriebsvereinigungen müssen überall geschaffen werden, wo es die Verhältnisse zulassen. Wir müssen gerade hier in der Hauptstadt eine Organisation schaffen, die zu einem Stützpunkt der gesamten Bewegung werden muß. Wir müssen alle Kollegen miteinbeziehen an der Aufgabe, nur dann können wir getrost in die Zukunft blicken.

Baugewerbliches

Korruption bei Vergabe von Bauarbeiten. Im Anschluß an den Korruptionsstandal in der Reichsbahndirektion, der durch den Selbstmord des Oberbauamts Inspektors in einem öffentlichen Bekanntheit bekommen ist, weist der Verband Sozialer Baubetriebe auf die Korruption hin, die bei uns in der Vergabe von Bauarbeiten eintritt. Der Verband führt eine Reihe von Fällen an, die die Untersuchung bedürfen. So ist es bei vielen Fällen vorgekommen, daß Beamte die eingegangenen Angebote öffneten und dann Firmen, von denen sie bestochen sind, die niedrigsten Angebote mitteilten, worauf diese dann wiederum die entsprechenden Angebote vorlegten. Im Falle des großen Heeres der ehelichen Beamten, die der Vergabe von Bauarbeiten weit von sich weisen, unbedingt notwendig, daß eine strenge Untersuchung vom Verband Sozialer Baubetriebe mitgeteilt Fälle

feststellen muß der Verband Sozialer Baubetriebe feststellen, daß die Schamereien bei der Vergabe von Bauarbeiten durch die Behörden auf eine Ausschaltung der Sozialen Baubetriebe hinauslaufen. So hatte das Eisenbahn-Bauamt die Arbeiten für eine Straßenunterführung ausgeben. Die Bauhütte Ostföhringen forderte für diese in 308 Millionen Mark, der Unternehmer Müller in der dem Preisring der privaten Tiefbauunternehmer dortigen Gegend angehört, aber 612 Millionen Mark. In der Submission beteiligten Privatunternehmer, die

die Geschäftsmethoden kannten, wußten von vornherein, daß nur Müller die Arbeiten bekommen würde. Als die Bauhütte Ostföhringen die in Frage kommenden amtlichen Stellen von der Angemessenheit ihres Preises überzeugen wollte, gab die vorgesetzte Behörde in Erfurt einfach die Antwort: "Die Bauhütte muß von der Liste der Hauptbewerber ausschließen, sonst lasse ich die Arbeiten nicht ausführen." Die Bauhütte Ostföhringen schied aber von der Liste der Bewerber nicht aus, mit dem Erfolg, daß die Arbeiten bis heute zum Teil noch nicht ausgeführt sind. Der Fall zeigt geradezu glänzend, wie sich die Kuratration um die Belegung des Arbeitsmarktes bemüht.

Gewerkschaftliches

Der Verbandstag der Dachbeder tagte vom 9. bis 18. Mai in Friedrichroda. Der Bericht des Vorsitzenden Th. Thomas fand allgemeine Billigung; es wurde anerkannt, daß der Zentralvorstand gute Arbeit geleistet habe. Der Kassenbericht gab ebenfalls ein zufriedenstellendes Bild von der Finanzlage des Verbandes. Der Verbandsleitung wurde nach umfangreicher Aussprache Entlastung erteilt. Angenommen wurde ein Antrag, der einen vierzehntägigen Lehrlingsausbildungskursus eingeführt wissen will. Alljährlich im Winter sollen 20 bis 25 Lehrlinge in einem Internat theoretischen Unterricht erhalten, wo sie über Berufs- und Materialkunde, Berechnung von Flächen, Sozialpolitik usw., etwa fünfzig Stunden auf Kosten des Verbandes untergebracht werden. Die Schreibweise, der Inhalt und Charakter der "Dachbederzeitung" wurde gebilligt, und alle Anträge wurden abgelehnt, die politisch etwas geändert wissen wollten. Am zweiten Verhandlungstage hielt Professor A. L. Ling, Frankfurt a. M., ein Referat über "Wirtschaftsnot und Wirtschaftsgewinnung", das starken Beifall fand und als Broschüre erscheinen soll. Ueber die wirtschaftliche Lage im Beruf sprach Schmidt, Erfurt; er schilderte besonders die Lage auf dem Arbeitsmarkt, die durch die daniederliegende Bauwirtschaft gekennzeichnet ist. In einer längeren Debatte wurde zur Frage des Reichstareifs beschlossen, eine Verhandlungskommission mit dem Vorbeschlusse eines neuen Tarifes zu betrauen. Der Anschluß an den Bauangewerksbund wurde nach dem einleitenden Referat des Genossen Gebelke, Hannover, über den Industriegedanken lebhaft debattiert. Man beschloß, die Gautage darüber entscheiden zu lassen. Die prinzipielle Bereitschaft zum Anschluß wurde von allen Rednern ausgesprochen. Nach einem Referat des Genossen Sachs vom ADGB über den Bauarbeiterschutz im Reich wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der gegen die geplante Verschlechterung des Bauarbeiterlohnes protestiert und eine Mitwirkung der Arbeiter, die als Baukontrolleure tätig sein sollen, gefordert wird. Die Entschließung soll den Regierungen und Parlamenten des Reiches und der Länder zugestellt werden. In bezug auf Streitunterstützung wurde beschlossen, die Kauszeit fortfallen zu lassen. Die Beiträge wurden ebenfalls neu festgesetzt, und zwar mit einem festen Lokalzuschlag. Mehrere Anträge, die Wahlen der Gauleiter auf den Gautagen vorzunehmen, wurden nach längerer Debatte abgelehnt. Der Verbandstag stellte sich vollinhaltlich hinter den Volksentscheid und verlangt eine restlose Enteignung der Fürsten.

Die Wahlen zum Zentralvorstand ergaben die einstimmige Wiederwahl des Genossen Th. Thomas als Vorsitzenden und des Genossen J. Diehl als Kassierer. Die bisherigen Gauleiter wurden ebenfalls — bis auf den Genossen Schreiner, Dresden, der aus dem Angelegenheitsverhältnis wegen hohen Alters ausscheidet — einstimmig wiedergewählt.

Genossenschaftliches

f. Vereinfachung der Warenversorgung durch die Konsumgenossenschaften. Man liest übermäßig viel von der "Nationalisierung" des Wirtschaftslebens, was man ebenförgut durch das begrifflichere Wort Vereinfachung ausdrücken könnte. Daß diese Vereinfachung auf einem der wichtigsten Wirtschaftsgebiete, nämlich der Güterverteilung oder dem Handel in geradezu vorbildlicher Weise durch die Konsumgenossenschaften bereits verwirklicht worden ist, überfieht man deshalb so leicht, weil es eben für — selbstverständlich gehalten wird, daß

der Konsumgenossenschaftliche Wirtschaftsbetrieb ein vereinfachter Warenhandel an sich sein soll. Und es ist auch ganz richtig, daß diese Vereinfachung des genossenschaftlichen Wirtschaftsbetriebes einer der stärksten Faktoren im Wesen derselben bildet, ohne den die Privatwirtschaft mit ihren spekulativen Hilfsmitteln den Konsumgenossenschaften schon eine viel wirksamere Konkurrenz bereiten könnte, als ihr dies bislang möglich ist.

Die Grundlage dieser Vereinfachung nun bildet die organisatorische Zusammenfassung der bestehenden Konsumgenossenschaften in sogenannte Einkaufsvereinigungen. Es gibt deren im Gebiet des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine 87, denen 704 Konsumgenossenschaften angeschlossen sind. Diese Einkaufsvereinigungen bilden die organisatorische Grundlage für eine intensive Geschäftstätigkeit der Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine (Hamburg). Und zwar eine ganz direkte mit den angeschlossenen Konsumgenossenschaften. Im Bezirk jeder Einkaufsvereinigung wird regelmäßig mindestens einmal monatlich ein Einkaufstag abgehalten, auf dem nach einer allgemeinen Information über die wirtschaftliche Lage, Konjunkturverhältnisse, Warenpreise usw. die Vertreter der Konsumgenossenschaften des Bezirkes die Einkäufe für die Warenlager ihrer Genossenschaften erledigen.

Wenn man beachtet, daß im Jahre 1925 auf 780 solcher Einkaufstage ein Warenumsatz von 66 1/2 Millionen Mark zustande gekommen ist, so fieht man schon die Vereinfachung im Warenbetrieb der Konsumgenossenschaften: Großeinkaufs-Gesellschaft = Konsumgenossenschaft = Mitglied. Die Großeinkaufs-Gesellschaft erlerbigt zwar den überwiegenden Großteil ihres Warenumsatzes (1925: 219 887 800 M., davon Erzeugnisse aus eigenen Betrieben: 32 1/2 Millionen Mark) im direkten, täglichen Geschäftverkehr mit den ihr angeschlossenen Konsumgenossenschaften, aber der Verkehr auf den Einkaufstagen vereinfacht für mindestens 20 % des Gesamtumsatzes die Tätigkeitskonzentration der genossenschaftlichen Einkäufer. Und eine große Anzahl der täglichen geschäftlichen Einzelfälle in den Konsumgenossenschaften ist auf die vorausgegangene organisierte geschäftliche Führungnahme auf den Einkaufstagen der Einkaufsvereinigungen zurückzuführen. Nur nebenbei mag bemerkt sein, daß diese Einkaufstage auch eine Schule für die Geschäftsführer der kleineren und mittleren Konsumgenossenschaften darstellen, die insbesondere bei stark schwankenden Konjunkturen und für die gesamte Geschäftsführung von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind.

Häufig kommt es vor, was übrigens auch ein Teilzweck der Einkaufstage ist, daß die kleineren und mittleren Konsumgenossenschaften eines Bezirkes, entweder allein, oder unter Mitwirkung der größeren, Waggonladungen an Waren "kompletieren". Das heißt, es werden so viele Einzelmengen an Bestellungen zusammengebracht, bis je ein Eisenbahnwaggon von 200 Zentnern Ladegewicht "voll" ist. Dabei ergeben sich niedrigere Warenpreise und Frachtsätze für jede beteiligte Genossenschaft, als wenn ein halber Waggon oder gar durch Stückgut die Bestellung und Belieferung erfolgen mühte. Die Waggonen sollen dann bei der Station einer im Bezirkzentrum liegenden Konsumgenossenschaft an und werden von hier aus auf die übrigen Besteller verteilt.

Da solche Sammelwaggonen am einfachsten auf den Einkaufstagen zusammengestellt werden können, so ergibt sich die Bedeutung der Einkaufsvereinigungen von Konsumgenossenschaften mit ihren Einkaufstagen ganz von selbst. Es ist Nationalisierung, das heißt, eine Vereinfachung des Warenverkehrs, die kaum mehr überboten, vom Privathandel aber überhaupt nicht nachgemacht werden kann. Denn die Geschäftsführer der Konsumgenossenschaften disponieren für einen festen Markt ohne Risiko, das heißt, für die Genossenschaftsmitglieder als Abnehmer. Und sie können durch die Einkaufsvereinigung mit Mengen am Markt sein, denen der konkurrierende Privathandel nichts Ähnliches zur Seite zu stellen hat.

Dieser Einkaufsapparat der Konsumgenossenschaften, der gewissermaßen als Großhandelszentrale zur Vereinfachung des genossenschaftlichen Warenverkehrs funktioniert, besitzt aber noch einen weiteren außerordentlichen Vorzug, der dem privaten Warenhandel vollkommen abgeht. Er funktioniert nämlich vollkommen — kostenlos. Denn

Lebensstandard wie in Amerika zu erreichen. Selbst in gelände, die staatliche Herrschaft des Kontinents, wo wir zu leben gezwungen sind, zu beseitigen, würden wir in vielem nicht an Nordamerika heranreichen. Ein Fehler, sich hier Illusionen hinzugeben. Genau es unmöglich, "durch mechanisches Übertragen eines Konsumstandes oder einiger Lebensformen Amerikas auf Deutschland auf gesündere Wege zu gehen. Ebenso wie einem Sklaven die Freiheit wertlos ist, wenn er sie nicht selbst erfieht, genau so ist die Rettung der deutschen und auch der europäischen Wirtschaft in dem Maße möglich, wie der Wille dazu in und in unserm eigenen Lande vorhanden ist." Diese müssen kräftig unterstrichen werden. "Die Befreiung der europäischen Wirtschaft aus den Fesseln ihrer Rückständigkeit nur ihr Wert selbst sein!"

Es würde zu weit führen, auch nur andeutungsweise den Stoffes zu gedenken, wie er im ersten Teile des Buches vor den Augen des Lesers ausgebreitet wird. Was er die Wirtschaft der Vereinigten Staaten, über das der Produktion, von der Leistung des amerikanischen, von der Nationalisierung und Normierung derselben, über Verbrauch und Verschwendung usw. geht, ist, muß nicht nur gelesen, sondern eingehend studiert

die Bedeutung der Frage kennen. Diese und die südösteuropäischen Einwanderer bilden die unterste Schicht des amerikanischen Proletariats. Daß in Amerika wirklich nicht alles Gold ist was glänzt, erfahren wir bei dem Thema Frauen- und Kinderarbeit. Im Gesamtdurchschnitt der Union sind 8 1/2 % der Kinder zwischen 10 und 15 Jahren beschäftigt. Die Gesamtzahl der erwerbstätigen Frauen betrug in der U.S.A. 1920 8 548 511. Bei uns dürfte der Prozentsatz der Frauenarbeit ähnlich so sein.

In der interessantesten Schilderung über das Verhältnis zwischen den Unternehmern und Arbeitern machen wir die Erfahrung, daß die sogenannten intellektuellen Berufe in ihrer Entlohnung durchaus nicht über den gelernten Arbeiter hinauskommen, im Gegenteil teilweise weit schlechter gestellt sind. Das Beispiel eines amerikanischen Tarifvertrages ist von besonderem Interesse. Die Kapitel: Lehrlingswesen, Arbeitsnachweis, Akkordarbeit, Arbeitszeit erwähnen mir nur. Sie erforderten eine besondere Betrachtung. Das wichtige Kapitel "Lohn und Lebenshaltung in Amerika" fördert ein umfangreiches Material zutage. Hierbon soll nur eine Gegenüberstellung der Verwendung der unteren Einkommen (bis herunter zu 1100 Dollar) Erwähnung finden: Für folgende Aufwendungen rechnet

	der amerikanische Index	der deutsche Index
Nahrung	40 %	54,77 %
Kleidung	18 "	10,05 "
Wohnung	19 "	20,35 "
Heizung und Beleuchtung	6 "	5,55 "
Verschiedenes	17 "	9,28 "

Der deutsche Arbeiter muß also für die Bedürfnisse seiner Nahrung weit mehr aufwenden als sein Kollege drüben. Im übrigen müssen wir bezüglich dieser wichtigen Probleme auf das Buch selbst verweisen.

In dem Abschnitt "Die Gewerkschaftsbewegung in den Vereinigten Staaten" stellt Larnow höchst lehrreiche Vergleiches über die Verhältnisse Deutschlands und Amerikas an. Lehreich ist in diesem Artikel besonders, wie die Handarbeit in Amerika im Vergleich zu unserm Speigellande geachtet wird. Genau so ist es mit dem Verkehr zwischen Arbeitern und Unternehmern. Die Kapitel "Aus der Entstehungsgeschichte der American Federation of Labor" und "Umfang, Gliederung und Aufgaben" enthalten in prägnanter Kürze alles Wissenswerte über die amerikanischen Gewerkschaften und bilden eine wirkungsvolle Ergänzung und Fortführung des Buches des verstorbenen Genossen Legien "Aus Amerikas Arbeiterbewegung" vom Jahre 1913. Was der Genosse Larnow sonst noch an Material zusammentragen konnte und an Beobachtungen festzuhalten wußte, eignet sich nicht dazu, hier verstümmelt wiedergegeben zu werden — es will zusammenhängend gelesen sein. — Für das Kapitel "Arbeiterbanken" kann dasselbe gelten.

Wir können unsere Betrachtung über das Amerikabuch deutscher Gewerkschaftsführer nicht besser schließen als mit einem Satz aus dem Schlußkapitel: "Auch in Amerika gibt es Glend und Hunger und verzweifelte Ringen um die nackte Existenz. Auch dort braucht man nicht allzu tief in den Farnis der Zivilisation zu iragen, um auf soziale Barbarei zu stoßen. Und dennoch: Wenn mit einem Wlud die Summe der vorhandenen Lebensmöglichkeiten umfaßt wird für das Volk im ganzen und für die Arbeiterklasse im besonderen, dann bleibt doch nicht der geringste Zweifel, daß der Lebensstandard in den Vereinigten Staaten ganz erheblich höher ist als in Deutschland selbst in seiner besten Zeit." Möge das Buch, das zu einem ernüchterten Preise von der Verlags-gesellschaft des ADGB zu beziehen ist, möglichst viele Leser finden.

